Nummer 108. XXV. Jahrgang. **Abend-Ausgabe.** Freitag, 28. Februar 1896.

Berliner Tageblatt

und Handels-Zeitung.

Der österreichisch-ungarische Ausgleichsstreit.

Aus dem Budapester Regierungslager erhalten wir vom 26. d. die nachstehende interessante Zuschrift:

Die Erneuerung des Zoll- und Handelsbündnisses zwischen den beiden Hälften der österreichisch-ungarischen Monarchie stößt diesmal auf ganz besonders große Schwierigkeiten. Die bezüglichen Vorgänge gemahnen an den zweiten Ausgleich im Jahre 1877, bei welchem die Verhandlungen wiederholt abgebrochen wurden und man schließlich zu einem einjährigen Provisorium die Zuflucht nehmen mußte. Es soll nicht behauptet werden, daß ähnliche Ereignisse auch diesmal unvermeidlich eintreten würden, aber Niemand vermag heute den Gang der Ausgleichsangelegenheiten bestimmt vorauszusagen. Zur Klarstellung des Sachverhalts ist jedenfalls festzustellen, daß es nicht Ungarn, sondern die österreichische Reichshälfte war, von welcher zuerst der Ruf nach Kündigung des Zoll- und Handelsbündnisses ausgegangen ist. In Oesterreich wurde, kaum daß die Ausgleichsfrage auf die Tagesordnung gelangte, das Schlagwort ausgegeben, daß Ungarn angeblich im großen Vortheil sei, daß Oesterreich in der mannigfachsten Weise verkürzt erscheine, daß die Beitragsleistung Ungarns zu den gemeinsamen Ausgaben erhöht werden müsse, daß die geltenden Bestimmungen in Betreff der Konsumsteuern zum Schaden Oesterreichs gereichten, daß Ungarn den Pakt nicht loyal halte ꝛc. Dort, in Oesterreich, wurde in diesem Sinne eine umfassende und lebhafte Agitation eingeleitet, die zur Folge hatte, daß die unterschiedlichen wirthschaftlichen und sonstigen Körperschaften und dann auch die Landtage sowie selbst das Abgeordnetenhaus des Reichsrathes ungeachtet ihrer Zerfahrenheit und Parteizersplitterungen einstimmige Beschlüsse faßten, dahingehend, daß der Ausgleich in seiner bisherigen Gestalt für Oesterreich unannehmbar sei und nicht erneuert werden dürfe und daß rechtzeitig die Kündigung des Zoll- und Handelsbündnisses erfolgen müsse. In der That hat auch der österreichische Handelsminister Baron Glanz-Eicha im Wiener Abgeordnetenhaus eine dieses Forderungen der erwähnten Körperschaften entsprechende Erklärung abgegeben und somit den Standpunkt der österreichischen Regierung, gemäß den Früchten der besagten Agitation, präzisirt.

In Ungarn hat man dem österreichischen Ausgleichswohlwollen gegenüber lange Zeit hindurch vollständige Ruhe bewahrt. Selbst die extremen Gruppen, wie die Unabhängigkeitspartei, von denen man ja weiß, daß sie die gänzliche Trennung Ungarns von Oesterreich anstreben, geschrieben haben, selbst diese verhielten sich still. Erst in der letzten Zeit, als ein Schweigen diesseits nicht mehr möglich war, stellten sich auch hier bezügliche Kundgebungen ein. Von Denjenigen der äußersten Linken kann man füglich absehen; sie lauteten dem Programm dieser Partei gemäß: Los von Oesterreich! Der andere Theil der Opposition aber beobachtete auch jetzt noch eine sachlichere Haltung als die österreichischen Parteien, und der bekanntlich in der Regel der Negation huldigende Graf Apponyi beschränkte sich blos darauf, zu beantragen, daß die Regierung für den Fall des Scheiterns der Verhandlungen mit Oesterreich vorbereitende Schritte unternehmen möge, um dann von Ungarns Selbstbestimmungsrecht Gebrauch machen zu können. Also nicht einmal die Opposition in Ungarn ist so weit gegangen wie in Oesterreich alle Parteien mit einander, die der Regierung nahestehenden mit einbegriffen; hier begnügte man sich mit der Empfehlung der selbstverständlichen, auf dem Gesetz basirenden Vorsichtsmaßregeln, die für die Eventualität zu ergreifen wären, wenn durch Oesterreichs Widerstand eine Erneuerung des wirthschaftlichen Ausgleichs vereitelt werden sollte.

Es ist von Wichtigkeit, diesen Unterschied in der Haltung der beiden Reichshälften hervorzuheben und kennen zu lernen. Und dieser Unterschied erscheint von um so größerer Bedeutung und ist um so charakteristischer, als Ungarn zum Nachtheile und Beeinträchtigungen zu klagen, die es durch den Ausgleich erleidet. Das liegt bis zu einem gewissen Grade in der Natur der Dinge und kann selbst mit dem besten Willen nicht vollständig aus der Welt geschafft werden. Die beiden Vertragstheile sind eben einander ungleich. Ungarn als vorwiegend agrikultureller Staat hat andere Interessen als das Dieses ist zwar der vornehmste Abnehmer der ungarischen Bodenprodukte, dafür muß Ungarn helfen, die österreichische Industrie zu schützen. Ungarn würde mit dem Freihandel am besten fahren; es könnte seine Naturalien billiger nach dem Ausland absetzen und seinen Industriebedarf wohlfeil beziehen. Oesterreich braucht Schutzzoll und Ungarn bezahlt dies. Es hat somit Ungarn sowohl in seiner Eigenschaft als Produzent wie in jener als Konsument zu Gunsten Oesterreichs fortgesetzt größere Lasten zu tragen. Darnach liegt es auf der Hand, daß nicht Ungarn es ist, welches von dem gemeinsamen Zollgebiet mit Oesterreich profitirt, und am wenigsten erscheine es billig, angesichts solcher Verhältnisse Ungarn auch noch eine größere Quote zu den gemeinsamen Ausgaben aufzulasten. Wenn man in Oesterreich zur Begründung der letzteren Forderung das gesteigerte Steuererträgniß ins Treffen führt, so wäre dagegen nur zu bemerken, daß Ungarn sich selber höhere Steuern auferlegt hat, um die Kosten seiner jungen Selbstständigkeit zu tragen, und nach den lichtvollen und bestimmten Erklärungen des Handelsministers Daniel im Abgeordnetenhause will die ungarische Regierung auch fortan, gestützt auf Recht und Gesetz, kaltes Blut behalten. Man verschmäht es hier, zu drohen. Es handelt sich um materielle Fragen, und diese werden nach der hiesigen Ansicht am besten nüchtern beurtheilt. Man läßt sich hier auch nicht von den ungezählten österreichischen Resolutionen in Betreff der Kündigung des Zoll- und Handelsbündnisses beeinflussen oder gar erschrecken. Die Regierung lehnt auch den Appomischen Beschlußantrag ab, aus dem einfachen Grunde, weil derselbe überflüssig ist und weil sie ohne ihn bereits dasjenige ins Auge gefaßt, beziehungsweise vorbereitet hat, was für den nunmehrigen Gang der Ausgleichsverhandlungen gelegen sein mußte. Ohne erst Direktiven der Opposition abwarten, hat die Regierung für den Fall des Scheiterns des Ausgleichs getroffen. Man täuscht sich hier keineswegs über die Gefahren einer derartigen Eventualität, und man will zum Mindesten vorläufig gar nicht untersuchen, welcher Theil von einem Bruch schwerer getroffen werden würde. Zollschranken zwischen Oesterreich und Ungarn wären zweifellos für beide harte Heimsuchungen, viel härtere vielleicht noch für Oesterreich als für Ungarn. Doch dahin wird es wohl nicht kommen. Die zwei Reichshälften sind auf einander angewiesen; wie sie durch die pragmatische Sanktion unlöslich verbunden sind, so müssen sie sich auch wirthschaftlich vertragen. Ungarn wird das Seinige thun, um einen billigen Ausgleich herbeizuführen, nur darf ihm Oesterreich nichts Unmögliches zumuthen.

* Herr **v. Diest**-Daber ersucht uns um Aufnahme der nachstehenden Zuschrift:

Die mir von bekannter Seite zugegangene Nr. 101 des Berliner Tageblatts vom 25. d. M. enthält folgende Sätze:

„In diesem Fall ist aber der Pfeil auf den Schützen zurückgeprallt. Wie die Berliner „Neuesten Nachrichten" mittheilen, hatte Minister Frhr. v. Hammerstein es abgelehnt, der Einladung des Vereins der Spiritusfabrikanten zu ihrem Festmahl zu folgen, falls Herr v. Diest dabei anwesend sei. **Auf Ersuchen der Vereinsmitglieder** ist Herr v. Diest dann dem Festmahl fernegeblieben. Und der Staatssekretär des Reichsschatzamts Graf Posadowsky verließ am Sonnabend den Verein der Spiritusproduzenten, als Herr v. Diest-Daber das Wort ergriff. In Wahrheit ist also Herr v. Diest der Geboykottete."

Hierauf habe ich Folgendes zu erklären:

1. Ob Herr Minister Frhr. v. Hammerstein es abgelehnt hat, der Einladung zum Festmahl zu folgen, falls ich dabei anwesend sei, ist mir unbekannt. **Unrichtig** ist dagegen, daß ich **auf Ersuchen der Vereinsmitglieder** dem Festmahl ferngeblieben sei. Es ist **keinerlei** Ersuchen in dieser Richtung an mich gerichtet worden. Ich war verhindert, an dem Festmahl theilzunehmen, weil ich an diesem Tage anderweitig engagirt war. Dies habe ich Herrn Professor Dr. Maercker noch besonders geschrieben.

2. Daß Herr Graf Posadowsky fortging, als ich zum Wort gelangte, ist richtig. Den Grund kenne ich nicht und weiß auch nicht, ob es der angegebene oder ein anderer Grund bei ihm war. Er hatte mich aber bei meinem Erscheinen im Saale freundlich begrüßt, und am Tage darauf bin ich in einer landwirthschaftlichen Angelegenheit mit einer Deputation in seinem Hause freundlich von ihm empfangen worden.

Ebenso freundlichen Empfang hatte ich an demselben Tage bei dem Herrn Finanzminister und am 21. Februar in einer Eisenbahnangelegenheit bei dem Herrn Minister für öffentliche Arbeiten.

Der Boykott scheint also noch nicht vollständig zu sein.

v. Diest.

Daber, den 26. Februar 1896.

Herr v. Diest kann nicht bestreiten, daß der Minister v. Hammerstein es abgelehnt hat, an jenem Festmahl theilzunehmen, falls Herr v. Diest dabei anwesend sei, und giebt ausdrücklich zu, daß Graf Posadowsky ging, als Herr v. Diest zu sprechen begann. Wenn Herr v. Diest das Glück hatte, verhindert zu sein, an dem Festmahl theilzunehmen, so setzte er seine Vereinsmitglieder nicht in die Lage, ihm das Fortbleiben nahe zu legen. Im Uebrigen ist es uns unerfindlich, weshalb Herr v. Diest seine „Berichtigung" nicht an das Blatt gesandt hat, das wir als Quelle angegeben haben, und das vielleicht seinen Gewährsmann hätte befragen können. Was den Werth der Berichtigungen des Herrn v. Diest betrifft, so weisen wir nur darauf hin, daß er bestreitet, den Ausdruck „die (Minister v. Hammerstein und Herr v. Bennigsen) können uns sonst was" gebraucht zu haben, obwohl es feststeht, daß er diese Worte gesprochen. Im Uebrigen spricht der Umstand, daß Graf Posadowsky Deputationen freundlich behandelt, selbst wenn Herr v. Diest sich darunter befindet, mehr für den Reichsschatzsekretär als für Herrn v. Diest die bestreitliche Thatsache, daß er drei Minister aufsucht, nachdem er kurz zuvor einen ihrer Kollegen öffentlich beschimpft hat.

* Aus **Halle** wird uns geschrieben: Zwischen unserer **Stadtverordnetenversammlung** und dem **Magistrat** ist ein **Konflikt** ausgebrochen. Es handelt sich bei dem Streit um die Aufbesserung der hiesigen **Lehrergehälter.** Noch bevor das amtliche Lehrerbesoldungsgesetz auf dem Plane erschien, waren die städtischen Behörden mit einer Vorlage, betreffend die Aufbesserung der Lehrergehälter, beschäftigt; alles war im besten Gange, und die Vorlage würde zweifellos zur Annahme und Durchführung gelangt sein. Da kam das Besoldungsgesetz dazwischen, und alsbald wurden auch unsere städtischen Behörden kopfscheu. Die Stadtverordneten lehnten nun zwar die Magistratsvorlage, betreffend die Regulirung der hiesigen Lehrergehälter nicht ab, sie beschlossen nur die Zurückstellung derselben und Einstellung von 80,000 Mark in den nächstjährigen Etat, um mit der Durchführung der Vorlage im gelegenen Zeitpunkte sofort vorgehen zu können. Diesem Beschlusse der Stadtverordneten war der Magistrat nicht beigetreten, er wollte die 80,000 Mark nicht in den Etat eingestellt haben. Die Stadtverordneten blieben aber in ihrer gestrigen Sitzung ihren Beschluß fast einstimmig (mit allen gegen 4 Stimmen) aufrecht erhalten, und so stehen wir vor einem Konflikt, auf dessen weiteren Verlauf man gespannt sein darf.

* Der Hofprediger a. D. **Stöcker** hatte der „Tilsiter Ztg." eine Berichtigung zu Mittheilungen über sein **Verhältniß** zum **„Volk"** und zur **Stadtmission** geschickt. Im Gegensatz zu dieser Berichtigung wird jetzt der „Tils. Ztg." aus Berlin geschrieben:

Auf die klare und bündige Frage: partizipirt Stöcker für seine Stadtmission mit der Hälfte des Reingewinns als Aequivalent für seine Druckaufträge am Reingewinn der Druckerei des „Volk", wird weder Stöcker noch ein Anderer mit „nein" antworten können .... Ferner ist es Thatsache, daß Stöcker erst im vorigen Sommer einen ehemaligen Angestellten seiner Stadtmission, der mit ihr in Zwist gerathen war, im „Volk" als Mitredakteur anzubringen wußte. Auch

Ein Theaterskandal.

⊙ **Wien**, 26. Februar.

[Nachdruck verboten.]

In den Annalen der Wiener Theater finden die Raimund-Theaterskandale nicht ihresgleichen. Die Wiener nehmen bekanntlich an allem, was mit dem Bühnenwesen zusammenhängt, lebhaften Antheil, umsomehr haben sie sich mit den lärmenden Vorgängen wegen des Raimund-Theaters beschäftigt. Wochenlang warden sie von der Suspendirung des Direktors Müller-Guttenbrunn in Athem gehalten, wochenlang haben die Zeitungen die ausführlichsten Berichte über die Angelegenheit gebracht. In den letzten zwei Tagen hatte es schier den Anschein, als würde es für die Wiener überhaupt keine größeren Sorgen geben als die Affäre des Raimund-Theaters, und als nun gar die Generalversammlung kam, in welcher die Entscheidung über den Gewaltakt der Mehrheit des Theaterausschusses gegen Müller-Guttenbrunn fallen sollte, da war die öffentliche Aufmerksamkeit in erster Linie dieser Angelegenheit zugewandt.

Wien war in zwei feindliche Lager gespalten, deren Kriegsruf „Hie Müller-Guttenbrunn, hie Theaterausschuß" lautete. Der Fall, um den es sich handelt, ist aus früheren Meldungen bekannt: Ein Theil des Theatervereins, an seiner Spitze Architekt Roth, der Er- und Verbauer des Hauses, war mit dem besoldeten Direktor in Konflikt gerathen. Der Ausschuß wollte mitregieren, der Direktor ließ sich nichts dreinreden. Eines Nachts suspendirte der Ausschuß den Direktor. Da an wurde der Kampf in der lärmendsten Weise öffentlich und von Seiten einiger Ausschußmitglieder und mit ihnen verbündeter, unzufriedener Schauspieler keineswegs immer mit absolut reinlichen Mitteln geführt. Welchen vorläufigen Abschluß die Sache gefunden, ist aus unseren Drahtberichten bekannt. In zwei stürmisch bewegten mehrstündigen Sitzungen, in welchen es zahlreiche Skandale und sogar Prügeleien gab, wurde mit schwacher Mehrheit die Maßregel des Ausschusses gegen den Direktor genehmigt.

Dieses Ergebniß wird angefochten, weil es bei der Abstimmung nicht mit richtigen Dingen zugegangen sein soll. Das letzte Wort dürften sonach die Behörden noch zu sprechen haben, außerdem wird es an einer Reihe von Civilprozessen zwischen dem vergewaltigten Direktor und dem Ausschuß nicht fehlen. Neben dem beispiellosen skandalösen Vorfall aber wäre noch ein anderes, in seiner Art höchst charakteristisches Moment zu berücksichtigen. Zu dem einstens als so „gemüthlich" verschrienen Wien ist es dahin gekommen, daß man in einer Versammlung von durchweg wohlhabenden Bürgern, die sich selber zur „Intelligenz", zu den „guten Kreisen" rechnen, in einem Theaterverein, der „idealen, veredelnden" Zielen huldigt, nur noch mit gegenseitigen Verdächtigungen argumentirt! So steht es heutzutage in unserem schönen, gemüthlichen Wien aus. Meine Depeschen über die zwei Sitzungen der Generalversammlung des Raimund-Theatervereins, obgleich sie von Ausdrücken wie „Skandal", „Tumult", „Prügelei" strotzten, gehen doch nur einen schwachen Begriff von den Vorgängen in diesen „intelligenten" Wiener Versammlungen. Selbst die vielen Spalten umfassenden Berichte der Wiener Blätter erschöpfen die turbulenten Szenen noch nicht ganz. Ich glaube, die Wiener schämen sich nachträglich der Vorgänge; Grund hätten sie dazu hinreichend. Und noch etwas verdient erwähnt zu werden. In der Haupt- und Residenzstadt Wien besteht ein Theaterausschuß, der einem tüchtigen, literarisch bedeutenden Mann die Leitung des programmgemäß der Veredlung des Volkes dienenden Theaters nicht ausschließlich anvertrauen will, sondern künstlerisch mitsprechen beansprucht, und diesen Anspruch erheben solche Ausschußmitglieder, die bar jeglicher Bildung sind. „Fiesco" wird aufgeführt. Das Erträgniß ist ein geringes. Ein Journalist, Namens F. Schiller, ersucht zur zweiten Aufführung um ein Freibillet. „Was," ruft ein Ausschußmitglied aus, „werd'n doch dem Esel keine Freifix geben, sein Stuck tragt eh' ka Geld!" Von „Preciosa" sagt derselbe würdige Mann: „Wird a so a G'lumpert sein." Ein nettes Kulturbildchen aus Wiens fin de siècle. Und dieses — Herren wollten Adam Müller-Guttenbrunn in der Direktionsführung beeinflussen. Von der schmutzigen Wäsche, die da nebenbei öffentlich gewaschen wurde, sei weiter keine Erwähnung.

Von den dreitausend Freikarten, die ein Ausschußmitglied für sich heischt, notabene innerhalb nicht ganz zweier Jahre, von den viertausend Freibillets, die ein anderes Ausschußmitglied in der gleichen Zeit beanspruchte und barsch fordert, wenn mitglied in der gleichen Zeit beanspruchte und barsch fordert, wenn sie nicht rasch zur Stelle oder nicht ganz vorn im Theater sind, sei sie nicht rasch zur Stelle oder nicht ganz vorn im Theater sind, sei deshalb Herr v. Diest seine „Berichtigung" nicht an das Blatt gesandt hat, das wir als Quelle angegeben haben, und das vielleicht seinen Gewährsmann hätte befragen können. Was den Werth der Berichtigungen des Herrn v. Diest betrifft, so weisen wir nur darauf hin, daß er bestreitet, den Ausdruck „die (Minister v. Hammerstein und Herr v. Bennigsen) können uns sonst was" gebraucht zu haben, obwohl es feststeht, daß er diese Worte gesprochen. Im Uebrigen spricht der Umstand, daß Graf Posadowsky Deputationen freundlich behandelt, selbst wenn Herr v. Diest sich darunter befindet, mehr für den Reichsschatzsekretär als für Herrn v. Diest die bestreitliche Thatsache, daß er drei Minister aufsucht, nachdem er kurz zuvor einen ihrer Kollegen öffentlich beschimpft hat.

* Aus **Halle** wird uns geschrieben: Zwischen unserer **Stadtverordnetenversammlung** und dem **Magistrat** ist ein **Konflikt** ausgebrochen. Es handelt sich bei dem Streit um die Aufbesserung der hiesigen **Lehrergehälter.** Noch bevor das amtliche Lehrerbesoldungsgesetz auf dem Plane erschien, waren die städtischen Behörden mit einer Vorlage, betreffend die Aufbesserung der Lehrergehälter, beschäftigt; alles war im besten Gange, und die Vorlage würde zweifellos zur Annahme und Durchführung gelangt sein. Da kam das Besoldungsgesetz dazwischen, und alsbald wurden auch unsere städtischen Behörden kopfscheu. Die Stadtverordneten lehnten nun zwar die Magistratsvorlage, betreffend die Regulirung der hiesigen Lehrergehälter nicht ab, sie beschlossen nur die Zurückstellung derselben und Einstellung von 80,000 Mark in den nächstjährigen Etat, um mit der Durchführung der Vorlage im gelegenen Zeitpunkte sofort vorgehen zu können. Diesem Beschlusse der Stadtverordneten war der Magistrat nicht beigetreten, er wollte die 80,000 Mark nicht in den Etat eingestellt haben. Die Stadtverordneten blieben aber in ihrer gestrigen Sitzung ihren Beschluß fast einstimmig (mit allen gegen 4 Stimmen) aufrecht erhalten, und so stehen wir vor einem Konflikt, auf dessen weiteren Verlauf man gespannt sein darf.

* Der Hofprediger a. D. **Stöcker** hatte der „Tilsiter Ztg." eine Berichtigung zu Mittheilungen über sein **Verhältniß** zum **„Volk"** und zur **Stadtmission** geschickt. Im Gegensatz zu dieser Berichtigung wird jetzt der „Tils. Ztg." aus Berlin geschrieben:

Auf die klare und bündige Frage: partizipirt Stöcker für seine Stadtmission mit der Hälfte des Reingewinns als Aequivalent für seine Druckaufträge am Reingewinn der Druckerei des „Volk", wird weder Stöcker noch ein Anderer mit „nein" antworten können .... Ferner ist es Thatsache, daß Stöcker erst im vorigen Sommer einen ehemaligen Angestellten seiner Stadtmission, der mit ihr in Zwist gerathen war, im „Volk" als Mitredakteur anzubringen wußte. Auch

Ehemalige Angestellten Stöckers, die mit ihm in Zwist gerathen war, im „Volk" als Mitredakteur anzubringen wußte. Auch